

der Kiks von Warschau, Krakau, Breslau und Thorn sowie der Redaktionen von „Tygodnik Powszechny“, „Więź“, der Monatszeitschrift „Znak“ und des Verlages „Znak“ auf einer Vollversammlung eine Erklärung, in der es unter anderem heißt: „Die Weiterbenutzung des Namens Znak täuscht die öffentliche Meinung, die glauben kann, daß sie es mit der Fortsetzung der bisherigen Präsenz der Znak-Kreise im Sejm zu tun hat.“ Der Abgeordnetenzirkel solle daher keinen „zweideutigen Anschein“ erwecken, sondern „klar und ehrlich sagen, daß er eine neue Gruppe bildet“. Die schon seit langem bestehenden tiefen Meinungsverschiedenheiten hätten zu einer Vertrauenskrise geführt, die sich in der Verfassungsdebatte und in der Abstimmung im Sejm gezeigt habe. Wenn die neue Gruppe sich auf ein Mandat der katholischen Meinung berufe, so sei dies reine Fiktion, wenn die Meinung der Kreise übergegangen werde, die berechtigt seien, sich über den Namen „Znak“ zu äußern.

Ist Znak in seiner Existenz gefährdet?

Die ideellen Unterschiede beider Gruppen sind schwer zu präzisieren, zumal „Znak“ in seiner Grundstruktur immer pluralistisch war. Während die ursprüngliche „Znak“-Bewegung und vor allem „Więź“ mehr liberal und auch theologisch mehr westlich orientiert sind, gilt die Odiss-Gruppe als national, theologisch konservativer und eigene kirchliche Traditionen unterstreichend. In der politischen Aktivität befürwortet die Odiss-Gruppe eine weitergehende Kooperation mit dem atheistischen Staat, während die Znak-Kreise hier die Grenzen deutlicher setzen, wie der Verfassungsstreit zeigte. Znak hat sich auch sehr viel stärker als Odiss für eine Aussöhnung mit den Deutschen in der Bundesrepublik eingesetzt.

Noch nicht zu übersehen sind die Folgen der jüngsten Entwicklung um die bisherige wirtschaftliche Basis der meisten „Znak“-Gruppierungen, die Firma „Libella GmbH“. In dieser

Firma werden verschiedene Elektrogeräte und Artikel der Haushaltschemie hergestellt. Ein Teil ihrer Überschüsse ging bisher an die Klubs der katholischen Intelligenz, die Redaktion der Zeitschrift „Więź“ und an Odiss. Die Mittel wurden über das Amt für Glaubensfragen zugeteilt.

Am 10. Dezember 1976 wurde dem Warschauer Klub der katholischen Intelligenz mit Wirkung zum Jahresende die *Genehmigung für wirtschaftliche Tätigkeit entzogen*. Daraufhin beantragte der inzwischen von „Odiss“ gegründete „Polnische Klub der katholischen Intelligenz“ (PKik) diese Genehmigung und erhielt sie am 29. Dezember. Jetzt will PKik kommissarisch „Libella“ verwalten, um – nach Odiss-Angaben – eine Übernahme der Firma durch den Staat zu verhindern. Kik und Więź sehen in dieser Entwicklung jedoch eine Gefahr für ihre Unabhängigkeit und ihre materielle Existenz.

Dem Vernehmen nach und nicht ohne einen gewissen Druck der Bischöfe auf die Odiss-Gruppe einigten sich der Warschauer Kik, „Więź“ und „Odiss“ am 23. Februar 1977 auf eine *Teilung des Unternehmens*. Ein erneuter Antrag des Warschauer Kik auf die Genehmigung zur wirtschaftlichen Tätigkeit wurde in einem am 28. Februar beim Adressaten eingetroffenen Schreiben des Kirchenamtes kategorisch abgelehnt. Als Begründung soll unter anderem angeführt worden sein, der Klub habe sich nicht entschieden von verschiedenen angeblich entstehenden Darstellungen in der westdeutschen Presse distanziert. Außerdem dürfte die Tatsache, daß einige Kik-Mitglieder bei dem „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter“ mitarbeiten, eine Rolle gespielt haben.

Bischöfliche Orientierung zur „neuen Demokratie“ in Chile

Nach einigen Monaten weitgehender Zurückhaltung haben die chilenischen Bischöfe in einem Dokument zur „pastoralen Orientierung“ erneut und in grundsätzlicher Form nationale Fragen aufgegriffen. Zur letzten scharfen

Da durch diese Ablehnung der bisherige Hauptinhaber der Gesellschafteranteile nicht mehr wirtschaftlich agieren kann, löste das Warschauer Wojewodschaftsgericht am 29. März die bisherige Gesellschaft auf, entschied aber nach ersten Berichten noch nicht über die Eigentumsfrage. Das heißt, nach dem bisherigen – vermutlich provisorischen – Stand ist die ursprüngliche Znak-Gruppe weiter Mit Eigentümer der Firma, kann sie aber nicht verwalten. Da der von Odiss gegründete „Polnische Klub der katholischen Intelligenz“ (nach eigenen Angaben rund 100 Mitglieder) wirtschaftlich tätig sein kann, tritt er mit Billigung des Amtes für Glaubensfragen als vorläufiger Verwalter auf. Von dieser Seite versichert man, man wolle die Mittel ohne irgendwelche Bedingungen allen Znak-Kreisen zugänglich machen. Dies sei auch im Vertrag vom 23. Februar festgelegt, der durch das Urteil über die Auflösung der Gesellschaft nicht hinfällig geworden sei, sondern weiter gelte.

Tatsächlich sind bisher die Zuschüsse von „Libella“ im bisherigen Ausmaß gezahlt worden, und das Amt für Glaubensfragen hat am 8. März dem Warschauer Kik das Budget für 1977 bestätigt. Für die unmittelbare Zukunft scheinen die Mittel gesichert. Sowohl der Warschauer Kik als auch die Zeitschrift Więź wollen jedoch unbedingt vermeiden, daß die Odiss-Gruppe über die Geldzuteilung irgendwelchen ideellen Einfluß auf ihre Tätigkeit nehmen kann. Um notfalls eine Eigenfinanzierung zu ermöglichen, hat der Warschauer Kik die Erhöhung der monatlichen Mitgliedsbeiträge auf 100 Zloty (rund 12,50 DM) beschlossen.

R. M.

Auseinandersetzung zwischen Kirche und Militärjunta war es im August 1976 gekommen, als die von einer Pastorkonferenz in Riobambao/Ecuador zurückkehrenden chilenischen Bischöfe zunächst auf dem Flughafen

Pudahuel von rechtsgerichteten Demonstranten, darunter auch Staatsbediensteten, dann auch von der Presse als kommunistenfreundlich beschimpft worden waren (HK, September 1976, 484). Die im Herbst angekündigte und noch vor Weihnachten vollzogene Massenfreilassung politischer Häftlinge führte dann zu einer spürbaren Entspannung im chilenischen Leben, die auch von Vertretern der kirchlichen Hierarchie positiv verzeichnet wurde (Erklärung der drei Weihbischöfe der Erzdiözese Santiago in Abwesenheit von Kardinal Silva vom 17. November 1976, vgl. Mensaje, Dezember 1976).

Das „Unser nationales Zusammenleben“ überschriebene und vom Ständigen Rat der Chilenischen Bischofskonferenz herausgegebene neun Seiten umfassende Dokument vom 25. März (Wortlaut in „El Mercurio“, 26. 3. 77, und in „Mensaje“, April 1977) ist nach Inhalt und Form eine kritische, aus höherem Blickwinkel verfaßte und daher fast distanziert wirkende Analyse der politischen Entwicklung Chiles, die an Wirkung einer scharfen Verurteilung der Regierungspolitik gleichkommt. Formell eine Punkt-für-Punkt-Erwidern auf die Rundfunk- und Fernsehansprache General Augusto Pinochets vom 18. März, vermeidet die Erklärung direkte Angriffe auf die Person des Staatspräsidenten, indem sie im Stil einer Gegendarstellung unpolemisch lediglich zu dessen Aussagen Stellung bezieht.

Wie in früheren Erklärungen schicken die Bischöfe dem eigentlichen Text ein kurzes Wort über den Anlaß für das Schreiben voraus, das Betroffenheit und Sorge um die Zukunft der Nation verrät: „Unser Vaterland befindet sich, wie viele andere Länder auch, in einer Zeit des Wandels. Wir suchen unter großen Mühen nach einem neuen Weg, unser öffentliches Leben zu gestalten und unsere gesellschaftlichen Strukturen wiederherzustellen. Die Herausforderung besteht darin, hohe Werte aus der Vergangenheit... zu bewahren und sie in ein staatsrechtliches Gefüge zu integrieren, in dem Mängel und Übel ausgeräumt sind, die unser Zusammenleben in den letzten Jahren lähmten.“

Die Bischöfe kommen zu dem Schluß, daß ihre „Intervention“ um so „unumgänglicher“ ist, als die neue Regierungspolitik vorgibt, sich an „humanistischem und christlichem Gedankengut“ zu orientieren.

Pinochet ins Wort genommen

Die Zehn-Punkte-Erklärung des Ständigen Rats setzt sich sowohl mit der Konzeption der von Pinochet propagierten „neuen Demokratie“ als auch mit den bereits erfolgten ersten Maßnahmen zu ihrer Verwirklichung auseinander. Nicht ausgeklammert werden auch die realpolitischen Entscheidungen der Militärjunta. Zunächst begrüßt der Episkopat mit Nachdruck die Zusicherung Pinochets, er werde die „neue Demokratie“ auf christlich-humanistischem Grund und Boden errichten, und wertet so die eher beiläufige – und wahrscheinlich kirchlicherseits nicht das letzte Mal zitierte – Äußerung des Generals in seiner fast 2500 Wörter umfassenden Rede unversehens zum Prüfstein seiner zukünftigen Politik auf. (Im ersten Drittel seiner teils pathetisch bis hochtrabend, teils in hölzerner Amtssprache gehaltenen Rede sagte Pinochet dazu nur diesen einen Satz: „Der humanistische, nationalistische und christliche Gedanke, der unsere Grundsatzklärung prägt, ist das Fundament, das unser Handeln bestimmt“ [zit. nach „El Mercurio“, 19. 3. 77]). Die Bischöfe nehmen das Zitat als willkommenen Anlaß, daran zu erinnern, was die Kirche unter einer nach christlichen humanistischen Grundsätzen ausgerichteten Politik versteht. Unter mehrmaliger Berufung auf die in der „Grundsatzklärung“ der Junta enthaltenen Garantien sowie die Pastoralkonstitution des Konzils „Gaudium et spes“ nennen die Bischöfe die Würde der menschlichen Person, ihre vorrangige Stellung gegenüber dem Staat, Gewissensfreiheit und die Überlegenheit der „Ordnung der Person“ vor der „Ordnung der Dinge“ als wichtigste Eckpfeiler einer christlich-humanistisch inspirierten Politik.

Mit der Ermahnung, im sozialen, politischen und religiösen Bereich zwischen Irrtum („der immer zu verwerfen ist“) und Irrendem („der seine Würde als Person stets behält, auch wenn er falsche oder weniger richtige Auffassungen vertritt“) zu unterscheiden, leitet die Erklärung über zu einem Anliegen der katholischen Kirche Chiles, für das die Regierung bisher nur taube Ohren hatte: das Problem der seit dem Militärputsch am 11. September 1973 verschollenen Chilenen, deren Zahl das „Vikariat der Solidarität“ (Einrichtung der Erzdiözese Santiago zur Betreuung politischer Häftlinge und deren Familien) mit immer noch 926 angibt. An dieser Stelle treten die Bischöfe aus ihrer kritischen Distanz und wenden sich direkt an General Pinochet: „Wir ergreifen die Gelegenheit und bitten den Präsidenten der Republik mit allem Respekt, die Regierung möge den Justizbehörden die notwendige Hilfestellung geben, damit ein für allemal das Schicksal jedes einzelnen seit dem 11. September bis heute Verschollenen geklärt wird. Solange dies nicht geschieht, haben die Familien der Verschwundenen keine Ruhe, noch wird wirklich Frieden im Land sein, und auch das Bild Chiles im Ausland bleibt befleckt.“ Wenn während der Jahre nach der Machtübernahme Willkürakte vorgekommen seien, so meinen die Bischöfe, sei es besser, diese einzugestehen und Maßnahmen zu treffen, damit sich solche Übergriffe nicht wiederholten. Bisher haben die zahlreichen kirchlichen Appelle in dieser Sache, unter anderem an den Obersten Gerichtshof des Landes, allerdings keinerlei Erfolg gehabt.

„Meinungsströmungen“ statt Parteien

Politischen Zündstoff enthält in der Erklärung des Ständigen Rates der Abschnitt „Politische Parteien und Meinungsströmungen“ sowie das darauffolgende Kapitel „Würde der Politik“. Auch hier zitieren die Bischöfe aus der Ansprache Pinochets und lassen Passagen aus „Gaudium et spes“ sowie aus der Sozialenzyklika Pauls VI. „Octogesima adveniensi“

über die Beteiligung aller Bürger am politischen Leben folgen.

Die „allerhöchste Regierung“ habe es für notwendig erachtet, heißt es in der bischöflichen Erklärung, die traditionellen politischen Parteien aufzulösen. Aus der Ansprache Pinochets zitiert das Dokument weiter: „In der neuen Staatsordnung werden die politischen Parteien in Meinungsströmungen übergehen...“ Dazu merken die Bischöfe an, eine Diskussion über die Existenzberechtigung von Parteien oder sogenannten Meinungsströmungen sei überhaupt nur dann von Nutzen, wenn man nicht nur die Exzesse eines Parteienkampfes (wie Chile ihn vor wenigen Jahren erlebt habe) in Betracht ziehe, sondern auch die Errungenschaften eines gesunden Parteienwettstreits aus 150 Jahren demokratischer chilenischer Geschichte. Selbstverständlich könne sich eine Nation zu einem bestimmten Zeitpunkt für ein neues politisches Modell entscheiden. Lehre der Kirche sei es aber, daß solch neue politische Strukturen „das Ergebnis einer freien und reifen Entscheidung der ganzen Nation“ sein müßten.

Wenig Verständnis zeigen die chilenischen Bischöfe auch für die Argumentation Pinochets, die Parteien seien machthungrige demagogische Gruppierungen und, namentlich die Christdemokraten, Wegbereiter des Kommunismus. („Eine der größten Krisen der Demokratie in neuerer Zeit hat ihre Ursachen darin, daß sich die politischen Parteien im Schutz ungeeigneter Verfassungssysteme in Maschinerien zur Machtergreifung verwandelt haben...“ [„El Mercurio“, 19. 3. 77].) Demgegenüber stellt der Episkopat fest, die Kirche betrachte keinen Bürger als machtgerig oder subversiv, „der sein Recht ausübt und seiner Pflicht nachkommt, die gegenwärtige Politik zu durchleuchten, die politische Zukunft zu planen und nach gesetzlichen Wegen zu suchen, auf denen er das Geschick der Nation nach seiner Überzeugung führen kann“. Unter Zitierung von „Gaudium et spes“ verlangen die Bischöfe unbeirrt, noch bestehende andersdenkende Gruppierungen zu respektieren, und „bitten die

Regierenden“, „vorstaatlichen Körperschaften und Institutionen keine Hindernisse in den Weg zu legen..., sondern diese großzügig und ordnungsgemäß zu fördern“. Die Bischöfe gehen so weit, den Chilenen, „welche die Berufung zum Politiker spüren“, zu empfehlen, „mit moralisch einwandfreien Mitteln und mit Klugheit gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung, gegen Intoleranz und absolutistische Herrschaft, sei es eines einzelnen oder einer einzigen politischen Partei, zu kämpfen“.

Nationale Einheit statt Pluralismus?

So erstrebenswert und notwendig Ruhe und Ordnung, Frieden und nationale Einheit nach der „dramatischen Erfahrung“ der Allende-Regierung seien, so fragwürdig erscheinen den Bischöfen die dabei angewendeten Mittel. Ohne die der Kirche hinlänglich bekannten Übergriffe der Behörden beim Namen zu nennen, beschreibt die Bischofserklärung lediglich die Methodik des Vorgehens: „Manche sehen schon darin eine Bedrohung der nationalen Einheit, daß in Chile Gruppierungen existieren, die anderer oder sogar gegensätzlicher Auffassung über Politik und Gesellschaft sind. Sie neigen dann dazu, die Gruppen selbst, deren Aktivitäten und Sprachrohre mehr oder weniger gründlich und für die Öffentlichkeit mehr oder weniger erkennbar auszumerzen bzw. auszuheben.“ Demgegenüber stellen die Bischöfe fest, daß die Kirche den legitimen politischen Pluralismus („Gaudium et spes“ 74) für ebenso erforderlich hält wie eine die Einheit der Nation garantierende Autorität. Zu den neuen Einschränkungen der Pressefreiheit, darunter das Verbot, ohne vorherige Genehmigung durch die Militärregierung neue Publikationen zu drucken, zu vertreiben oder zu importieren, heißt es in dem Dokument der Bischöfe: „Die Einheit eines Volkes ruht auf der Möglichkeit, daß in entscheidenden nationalen Fragen jeder... seine zustimmende oder abweichende Meinung äußern kann.“ Außerdem sind

die Bischöfe der Ansicht, daß die überwältigende Mehrheit der Bürger Reife in der Urteilsfähigkeit sowie eine patriotische und realistische Einstellung bewiesen habe, „auch wenn sie nicht die Auffassung der Regierung teile“. Daher verdiene das Volk nicht noch größere Einschränkungen, sondern mehr Meinungsfreiheit.

Im Kapitel „Verfassung und Gesetz“ würdigt die Bischofserklärung zunächst das Versprechen Pinochets, die Rechtssicherheit wiederherzustellen. Es folgt die Pinochets „neue Demokratie“ demaskierende Feststellung: „Wir glauben jedoch, daß eine Garantie für die Achtung der Menschenrechte so lange nicht besteht, wie es keine vom Volk durch Stimmabgabe anerkannte Verfassung gibt, wie die Gesetze nicht von legitimen Volksvertretern verabschiedet werden und nicht alle Staatsorgane vom höchsten bis zum geringsten der Verfassung und dem Gesetz unterliegen.“

Offen widersprochen wird in dem Dokument der Bischöfe der optimistischen Beurteilung der wirtschaftlichen Situation Chiles, mit der Pinochet seine Rede eröffnet hatte. Die Lage sei nach wie vor „beängstigend“ und „fast unerträglich“, da die Kleinbauern und Arbeiter unverhältnismäßig unter der Wirtschaftsmisere leiden müßten.

Die Regierung schweigt

Man kann angesichts der innerhalb von acht Tagen erfolgten prompten Reaktion der katholischen Bischöfe auf die Rede des Staatspräsidenten, in der dieser die restriktiven Maßnahmen der letzten Monate bekräftigte und zu verteidigen suchte, davon ausgehen, daß sich die Kirche mit diesem eminent politischen Dokument auch zum Sprecher der Opposition im Volk machen wollte. Mit dem Anspruch eines Lehrschreibens werden das ideologische Konzept der Militärjunta wie deren konkrete politische Entscheidungen beurteilt; eine direkte Verurteilung bleibt aus. Statt dessen stellen die Bischöfe dem Regime und dem Kirchenvolk die Lehre der Kirche und die Grundsätze demokratischer Politik vor Augen. Daß Präsident Pinochet

sich öffentlich auf christlich-humanistische Prinzipien beruft und im selben Atemzug das Parteienverbot, neue, die Pressefreiheit einschränkende Maßnahmen, die dritte Verlängerung des seit September 1973 währenden Ausnahmezustandes, Kontrollverschärfung im ganzen Land sowie die Außerkraftsetzung des Habeas Corpus und des Rechts auf Berufung zu verteidigen sucht, wollte und konnte die Kirche nicht hinnehmen.

Die ansonsten regimenahe Tageszeitung „El Mercurio“, die bereits den Juntabeschluß, auch die letzten vier bestehenden Parteien aufzulösen, zu-

rückhaltend kommentiert hatte, veröffentlichte das Dokument der Bischöfe am 26. März in vollem Wortlaut. Einen Tag später kommentierte der „Mercurio“: „Das Militärregime ist zu diesem Zeitpunkt eine Notwendigkeit.“ Politiker, seien sie als solche erkennbar oder maskiert, müßten dies einsehen. Die Zeitung glaubt in dem Dokument der Bischöfe „gefährliche klerikale Tendenzen“ zu entdecken. „Die Herren Bischöfe... haben sich auf das Niveau politischer Polemik begeben... Die Bürger wissen, daß der politische Standort der Bischöfe wie jede andere politische Einstellung niemanden ver-

pflichten kann.“ Die Regierung selbst hat bisher geschwiegen. Sie hegt, so scheint es, die Hoffnung, daß die unbequeme Belehrung der Kirche durch Schweigen eher in Vergessenheit gerät.

Das Dokument endet mit einer stilistischen Ironie, wenn die Bischöfe schreiben: „Wir schließen uns den aufmunternden Worten (des Präsidenten) an“, und gleich darauf die Aufhebung des verlängerten Ausnahmezustandes und die Mitbestimmung aller am „wirtschaftlichen und moralischen Wiederaufbau des gemeinsamen Vaterlandes“ fordern. G. B.

Gesellschaftliche Entwicklungen

Dimensionen einer weltweiten Notlage

Zur gegenwärtigen Auseinandersetzung über Menschenrechtsverletzungen

Fast zwei Jahre nach der KSZE-Konferenz von Helsinki und wenige Monate vor Beginn der Nachfolge-Konferenz in Belgrad hat das Thema Menschenrechte eine vor Jahren noch kaum für möglich gehaltene internationale Aufmerksamkeit erlangt. Die von Präsident Carter sich zu eigen gemachte politische Kampagne gegen Menschenrechtsverletzungen zunächst in Osteuropa, aber auch in anderen Teilen der Welt hat Befürchtungen und Hoffnungen ausgelöst. Die einen befürchten von dem Thema Störungen der übernationalen Koexistenz, berufen sich auf Entspannungspolitik und auf das Prinzip der Nichteinmischung; andere erwarten von einer gezielten Menschenrechtskampagne nicht nur eine effektivere Unterstützung derer, die sich als Bürgerrechtler und Systemkritiker in ihren eigenen Ländern ihrer Haut zu wehren haben, sondern weltweit die Stärkung moralischer Kategorien in der Politik und langfristig eine Auflockerung totalitärer und autoritärer Systeme. Moralisches Wunschdenken und politische Realität stoßen sich hart im Raum. Dennoch könnte der Menschenrechtsgedanke eine der Triebfedern der politischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West werden. Die Menschenrechte allein können die moralisch-politische Basis einer Auseinandersetzung vor allem mit dem und auch im kommunistischen Block sein, bei der westliche Demokratien ohne ideologische Verkrampfungen bestehen können. Die Debatte darüber kann aber auch hilfreich sein

für die Entwicklung einer demokratischeren Staatlichkeit in den Ländern der Dritten Welt wie für die jeweils notwendige Selbstprüfung in den demokratischen Ländern des Westens (vgl. ds. Heft, S. 217).

Die folgenden Beiträge versuchen, wenigstens exemplarisch die Dimensionen des Problems in seiner weltweiten Ausdehnung darzustellen. Unsere Dokumentation beginnt mit einem Überblicksbericht über die Wirkungen der Schlußakte der KSZE-Konferenz von Helsinki auf die Menschenrechtsbewegung im osteuropäischen Raum. In weiteren Beiträgen wird die Darstellung der Menschenrechtsproblematik durch Regionalberichte über Entwicklungen in Asien (vor allem in den süd- und ostasiatischen Ländern), in Schwarzafrika und in Lateinamerika ergänzt. Kann sich der erste Bericht naturgemäß stärker auf die aktuelle Entwicklung beschränken, so versuchen die weiteren Berichte, sehr viel stärker auf die grundlegenden Voraussetzungen sowohl der gegenwärtigen Debatte wie der Realisierung von Menschenrechten im jeweiligen regionalen Raum einzugehen. Zu einigen Sonderbereichen (Menschenrechte im islamischen Bereich, Menschenrechte und rassistische Regime in Afrika) werden im Verlauf der nächsten Hefte eigene Berichte folgen. Einige die Menschenrechtsproblematik in den demokratischen Staaten des Westens betreffende Aspekte werden im Leitartikel dieses Heftes gestreift.